

Ausserrhoder Jäger haben 459 Rehe abgeschossen

Die Rehwild-Jagd in Ausserrhoden ist am 8. November unfallfrei abgeschlossen worden.

(sda) Die Jäger schossen 459 Rehe, wie der kantonale Jagdverwalter am Montag mitteilte. Die Erfüllungsquote liegt bei 91 Prozent. Im Hinterland wurden 262 Rehe erlegt, im Mittelland 121 und im Vorderland 76 Rehe. Bis 29. November läuft noch die zweite Jagdperiode auf Rotwild. Die Jagd auf Fuchs, Dachs und Wildschwein ist bis Ende Jahr erlaubt. Die Passjagd (Nachtjagd) auf den Dachs und das Wildschwein dauert bis zum 15. Januar 2015, die Passjagd auf den Fuchs und den Steinmarder ist bis zum 15. Februar 2015 erlaubt.

Totalschaden bei Selbstunfall in Speicherschwendi

(KAR) Am Sonntag, 16. November 2014, ist ein alkoholisierte Autofahrer in Speicherschwendi auf der Haldenstrasse Höhe Weid von der Strasse abgekommen. Ohne sich um den Schaden zu kümmern, entfernte er sich von der Unfallstelle. Etwa um 04.45 Uhr fuhr ein 24-jähriger Automobilist von Speicherschwendi über die Haldenstrasse Richtung Speicherschwendi. Höhe Weid, bei der Linkskurve geriet er mit dem Personwagen rechts über den Fahrbahnrand und fuhr die steil abfallende Waldböschung hinunter. Nach etwa 30 Meter unterhalb der Strasse kam das Fahrzeug auf der Seite liegend zum Stillstand. Am Fahrzeug entstand Totalschaden.

Verein als neuer Träger der «Tüüfner Poscht»

(GK) Das Team der «Tüüfner Poscht» hat auf Anregung des Gemeinderates Teufen eine Neuorganisation in Angriff genommen. Im Zuge dieser Neuorganisation ist die Gründung eines gemeinnützigen, nicht gewinnorientierten Vereins vorgesehen. Aufgrund der neuen Ausrichtung wurde die Leistungsvereinbarung zwischen der Gemeinde und der «Tüüfner Poscht» angepasst und vom Gemeinderat genehmigt.

Göbsi-Abwasser ins Kanalisationsnetz von Teufen

Optimieren oder fusionieren?

«Zwängerei oder Notwendigkeit?»: Diskussion über die Ausserrhoder Gemeindestrukturen

Seit 2006 ist die Gemeindestrukturoptimierung im Ausserrhoder Kantonsrat latent ein Thema. Am Freitag fand die erste öffentliche Diskussion darüber in Wolfhalden statt.

Isabelle Kürsteiner

Ein Rückblick zeigt: 2010 beauftragte der damalige Kantonsrat Roger Sträuli den Regierungsrat via Postulat, die Gemeindestrukturen zu analysieren. Der Bericht darüber lag im Juni 2012 vor. Darin vertrat die Regierung die Meinung, dass Veränderungen von der Basis angestossen werden müssten. Eine Befragung der Bevölkerung oder eine Vernehmlassung fand jedoch nicht statt.

Kommission eingesetzt

Ein Jahr später setzte der Regierungsrat die «Kommission Optimierung Gemeindestrukturen» ein. Zusammenfassend hält der Schlussbericht über andere Fusionen fest: «An erster Stelle wird genannt, dass mit der Fusion eine Professionalisierung der Verwaltung herbeigeführt werden konnte. Die Strukturen und Prozesse wurden angepasst und die Koordination konnte vereinfacht werden. Zudem sind die Gemeindegremien mehrheitlich der Meinung, dass sowohl die Qualität als auch die Quantität der Leistungen erhöht werden konnte.» Allerdings schlug die Kommission dann vor, die Kantonsverfassung nicht zu ändern, insbesondere Art. 2, welcher die Gemeinden per Namen aufzählt.

Umfrage im Internet

Um den Reformprozess beharrlich und im Respekt vor den heutigen Strukturen voranzutreiben, gründete Roger Sträuli die «IG Starkes Ausserrhoden», welche eine Umfrage für die Bevölkerung per Internet aufschaltete. Am vergangenen Freitag luden die Lesegesellschaft Ausserrhoden und die Vereinigung «Parteiunabhängige Appenzell Ausserrhoden» unter dem provokativen Titel «Gemeindefusionen AR – Zwängerei oder Notwendigkeit?» zur ersten öffentlichen Veranstaltung zum Thema ein.

In der Begrüssung blickte Andreas Zuberbühler, Präsident «Parteiunabhängige Appenzell Ausserrhoden», auf die oben erwähnten Eckdaten «Gemeindestrukturoptimierung oder -fusion» zurück. Da die Bevölkerung in diesem Prozess «ausser vor gelassen» worden sei, hätten sie diese Veranstaltung lanciert.



Das Podiumsgespräch informierte breit über die verschiedenen Ansichten, welche in Ausserrhoden zu Gemeindestrukturverbesserungen und -fusionen bestehen. (Bild: Isabelle Kürsteiner)

Roger Sträuli, Präsident «IG Starkes Ausserrhoden» gab Einblicke in die Internetumfrage, welche am 3. Juni 2014 startete und bis jetzt von 251 Personen genutzt wurde. Er stellte fest, das Thema bewege; die Gemeinden würden immer wieder an ihre Grenzen stossen. Dringliche Schwerpunkte seien die immer schwieriger werdende Besetzung von Ämtern in Gemeinden sowie die Verwaltungsorganisation mit gemeinsam möglichen Leistungserbringern, beispielsweise für Schule oder Wasser/Abwasser. Eine deutliche Differenz stellte er in der Führungsrollenübernahme fest, während die Bevölkerung dafür den Regierungsrat vorsah, wollte eben dieser einen Lead von unten.

Aus «erster Hand»

Daniel Meili, heute Stadtrat von Wil und vor der Fusion Gemeindepräsident in Bronschhofen, erzählte, wie die Fusion der beiden Gemeinden vollzogen worden war. Zwanzig Monate danach zeigte er sich zufrieden mit dem Resultat, räumte aber ein, dass die Vereinigung der Datenbanken oder beispielsweise der Pläne herausfordernd gewesen seien. Davon hätte jedoch die Bevölkerung nichts gespürt; für sie hätte sich im Gegenteil Vieles vereinfacht. Er gab den Rat zu fusionieren, solange es den Partnern gut gehe und alle ähnlich stark seien. Denn dann könne eine Lösung kreiert werden. Es müsse nicht aus der Not heraus gehandelt werden.

Podiumsdiskussion

Anschliessend lud Moderator und Kantonsrat Erwin Ganz Regierungsrat Jürg Wernli, Herisau, Roger Sträuli, Rehetobel, Max Frischknecht (ehemaliger Kantonsratspräsident), Heiden sowie Stadtrat Daniel Meili, Wil, zur Podiumsdiskussion ein. Darin zeigte sich Max Frischknecht als klarer Gegner von Fusionen. Es bestehe keine Notwendigkeit. So wie es derzeit laufe, sei es gut. Eine mittelfristige Zusammenarbeit komme dort in Frage, wo sinnvolle Partner gefunden würden. Jürg Wernli bestätigte, dass er das Sträuli-Postulat dankbar entgegen genommen habe und verwies auf die einfachen und ähnlichen Strukturen der zwanzig Ausserrhoder Gemeinden. Ausserdem gebe es nur vier Gemeinden mit unter tausend Einwohnern, doch auch bei diesen könne man nicht von Kleinstgemeinden wie es sie etwa in Graubünden gebe, sprechen. Somit bestehe kein akuter Handlungsbedarf. Probleme seien bei der Besetzung von Exekutivämtern festzustellen, ausserdem sei anzunehmen, dass gesamtschweizerisch immer komplexere Thematiken auf die Gemeinden zukämen. Hier sehe er eine Chance für Vereinigungen und Zusammenarbeit, um die Arbeit gemeinsam anzugehen. So könne das Kosten-Nutzen-Verhältnis verbessert werden. Angeführt wurde an späterer Stelle die Schule, insbesondere die Oberstufe bei derzeit abnehmenden Schülerzahlen. Um Fusionen möglich zu machen, sei ein zusätzlicher Artikel in der Kantonsverfassung notwendig, welcher derzeit in Vorbereitung sei. Ausser-

dem könnten via Neuverteilung im Finanzausgleich 1 bis 1,5 Millionen pro Jahr in solche Gemeindeprojekte reinvestiert werden. Hier intervenierte ein Besucher. Ein Sparen im Finanzausgleich gehe auf Kosten von finanziell weniger gut gestellten Gemeinden. Dies bedeute dann eine Zwängerei infolge Nichtfluss des Geldes und damit finanziellen Nöten. Im Plenum wurde wegen der wenigen Zuhörerermeldungen gemutmasst, dass die Öffentlichkeit nun erstmals mit dieser Frage konfrontiert worden sei. Spontan könne sich da wohl niemand entscheiden, alle müssten zuerst darüber nachdenken. Stichworte wie Wahlkampf bei anstehenden Gesamterneuerungswahlen, der Regierungsrat müsste für alle Eventualitäten Problemlösungen vorbereiten oder aber auch Sport als Beispiel von guter Zusammenarbeit wurden genannt. Daniel Meili seinerseits bestätigte, dass eine Zusammenlegung nicht günstiger, wohl aber frei von Mehrkosten sei. Zum Schluss der beinahe drei Stunden dauernden Veranstaltung fragte Erwin Ganz: «Wie autonom sind die Gemeinden wirklich noch, sind Kantone bei gesamtschweizerischen Regelungen?» Er beendete das Podium mit den Worten «Was bringt uns weiter? Wir müssen parat sein für Gemeinden, die fusionieren wollen.» Den Frauen und Männern, die gut und effizient arbeiteten und nicht fusionieren wollten, gehöre ebenfalls sein voller Respekt. Wichtig sei ein vom Regierungsrat vorbereitetes Feld für alle Eventualitäten.